

I Einleitung und Übersicht

Ein Einstieg

Warum eigentlich eine ausgreifende Arbeit über Hochschulpolitik? Herrscht nicht ein weitgehender hochschulpolitischer Konsens darüber, was derzeit an den deutschen Universitäten nicht gut ist und anders sein sollte. Sind nicht auch die Tendenzen klar? Ein erster Blick auf den hochschulpolitischen Diskurs scheint zumindest den Eindruck zu vermitteln, als sei bekannt, was zu tun ist. Universitäten sollen autonomer sein, unternehmerischer, nützlicher werden. Deutsche Universitäten gelten heute schließlich als Problemorganisationen. Es heißt, das Studium dauere zu lange, sei zu theoretisch, bereite nicht (oder nicht hinreichend) auf »die Berufspraxis« vor. In bezug auf Wissen ausgedrückt: Universitäten würden falsches, überkommenes, überflüssiges Wissen vermitteln. Es würden auch im internationalen Vergleich viel zu Wenige an den Universitäten studieren und dann auch noch das Falsche. Die Forschung sei zu selbstreferentiell, sitze im Elfenbeinturm und gehe an den *wirklichen Problemen* vorbei. Die universitären Organisationen würden am »Bedarf der Gesellschaft« vorbeiarbeiten. Für eine *globale Wissensgesellschaft* und ihre Herausforderungen jedenfalls seien die deutschen Universitäten *schlechtestens aufgestellt*. Weiterhin seien die Universitäten zu gleich, zu unfrei, zu staatlich, zu unflexibel etc. Reformen müßten her, »wirkliche Reformen«. Tabus und Denkverbote dürfe es dabei keine geben.

Im folgenden geht es nicht um die wissenschaftliche Richtigkeit dieser Aussagen, sondern um ihre Genese. Rein wissenschaftlich sind solche Fragen nach der Richtigkeit politischer Problemdiagnosen auch nicht zu beantworten, zumindest dann nicht, wenn man davon ausgeht, daß universelle Beste Wege des Organisierens im Falle der Universitä-

ten nicht zur Verfügung stehen. Die vorliegende Arbeit geht hiervon aus. Sie geht weiterhin davon aus, daß Politikprobleme nicht einfach da sind, sich aus der Sache zum Beispiel der Performanz von Organisationen ergeben, sondern daß ihr Vorhandensein eines Konstitutionsprozesses bedarf. Um diesen Konstitutionsprozeß geht es mir in der nachfolgenden Analyse.

Es ist ein Ziel dieser Arbeit, einen systematischen Zugang dazu zu erlangen, welchen Veränderungen das politische Reden über Universitäten unterliegt, welche neuen Deutungsmuster an die Stelle von alten getreten sind, welche Diskurse dabei eine Rolle spielen und in welcher Weise sie dies tun. Ich werde, um die Frage nach der Genese hochschulpolitischer Deutungsmuster zu beantworten, Diskurse nachverfolgen. Mein Interesse gilt dabei der Frage, wie sie zur Entstehung sozialer und politischer Deutungsmuster beitragen, wie die soziale Konstruktion von hochschulpolitischen Problemen Ergebnis diskursiver Abläufe ist und wie die jeweilige Problemkonstruktion auf die Konstruktion von Lösungen einwirkt sowie umgekehrt die Konstruktion der Lösungen auf die Problemkonstitution zurückwirkt. Wo es keine Lösungen gibt, da gibt es auch keine Probleme. Ich werde also der Frage nachgehen, wie (hochschul-)politische Wirklichkeit zustande kommt.

Zur Klärung dieser Fragen wird der deutsche und immer wieder auch der US-amerikanische Diskurs über Universitäten herangezogen und nach Bildern gefragt, nach einer Semantik des Redens über Universitäten, nach Instrumenten, Politiken, programmatischen Einlassungen und schließlich nach Utopien. Dabei wird eine transatlantische Perspektive eine herausragende Rolle spielen, weil der nationale Diskurs über Universitäten einen deutlichen Bezugspunkt des Sein-Sollenden in den USA setzt und somit eine gefühlte Referenz eines *Besten Weges* erzeugt. Amerika ist im deutschen Hochschulreformdiskurs »ein Argument« (vgl. Stucke 2001, Weiler 2003).

Vorbilder dafür, wie diagnostizierte Mißstände behoben werden könnten, werden vielfach jenseits des Atlantiks gesucht und – nicht zuletzt, weil Amerika ein Argument ist – auch gefunden. Viele aktuelle Reformelemente wie zum Beispiel die Studienstruktureform haben ihren Ursprung in den USA, zum Teil scheint es so, als reiche es bereits aus, Benennungen über den Atlantik zu importieren, so daß Anglizismen wie *Cluster*, *Department* oder das anglolateinische Lehnwort *Exzellenz* in der universitären Semantik an die Stelle treten, die früher originäre Latinismen innehatten. Wie geht dieser diskursive Begriffsimportprozeß vonstatten? In den USA – so eine weitverbreitete Auffassung – ist realisiert, was andernorts der Fall sein sollte. So meint der *Economist*, Erfolgsgeheimnisse der US-amerikanischen Universitäten an drei Prinzi-

pien festmachen zu können: Das erste Erfolgsgeheimnis sei, daß der föderale Staat nur eine begrenzte Rolle bei der Finanzierung der Universitäten spiele, das zweite Prinzip sei Wettbewerb, das dritte, »daß es in Ordnung sei, nützlich zu sein« (Economist 2005c: 6). Es sieht danach aus, daß diese Prinzipien auch der Hochschulpolitik in Deutschland zugrunde liegen, zumindest als Leitbilder. Der Staat würde gerne eine begrenzte Rolle in der Finanzierung von Hochschulen und Universitäten spielen, Wettbewerb ist in aller Munde und gilt als ein universelles Problemlösungsmittel, und auch auf Nützlichkeit wird hochschulpolitisch großen Wert gelegt. Hochschulen und Universitäten sollen sich im Hier und Jetzt rechtfertigen, sollen sich im Rahmen allenfalls mittelfristiger *Returns* rechnen, besser noch in Form von kurzfristigen. Dies war nicht immer so. Weder war die deutsche hochschulpolitische Semantik der Vergangenheit von Importen durchsetzt, vielmehr war sie während des 19. Jahrhunderts in ihrer Gesamtheit ein Exportartikel, noch standen Nützlichkeitserwartungen im Zentrum der Diskurse, vielmehr ihre wortreiche Zurückweisung.

Die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts (die erste ohnehin) war in Deutschland noch davon geprägt, daß Hochschulen und Universitäten »staatliche Veranstaltungen« – wie es im 19. Jahrhundert das Preußische Allgemeine Landrecht formulierte – waren. Das heißt sie waren staatliche Einrichtungen und sie wurden vom Staat finanziert und kontrolliert, privates Kapital spielte (und spielt auch heute noch) bei Gründung und Finanzierung von Universitäten eine sehr untergeordnete Rolle. Wettbewerb um Reputation fand zwar in den Disziplinen statt, er war aber vielfach gebrochen und eingehegt. Da war der Staat mit seinen Außengrenzen, der deutsche Sprachraum, die föderalen Strukturen. Noch in den 1990er Jahren waren Hochschulneugründungen im Berliner Raum nur aus dem Vorhandensein einer Berlin-Brandenburgischen Landesgrenze, nicht jedoch aus einer Nachfrage nach Studienplätzen zu erklären, so wurde nur wenige Kilometer südlich einer Berliner Fachhochschule für Technik und Wirtschaft eine Brandenburgische Fachhochschule in Wildau errichtet, die über kein grundsätzlich anderes Gründungsprofil verfügte. Dies verweist, wie sofort erkennbar ist, nicht auf bessere Verhältnisse einer Vergangenheit, sondern einfach nur darauf, daß das Politische mit seinen partikularen Entscheidungslogiken hier andere Aspekte überlagerte und den Ausschlag gab. Wichtig ist hierbei jedoch etwas anderes, nämlich daß Vielfalt, unterschiedliche Opportunitätsstrukturen und ein Wechselspiel von Varietät und Redundanz in der Vergangenheit mit Hilfe eines durchaus widersprüchlichen und im Einzelfall immer wieder inkonsistenten Ineinandergreifens professioneller Selbstregulation und in Deutschland regionalstaatlicher Regulation si-

chergestellt wurde. Gleiches und doch Anderes war in Karlshorst und Wildau entstanden. Es stellt sich also die Frage, wie kann (und soll überhaupt) diese zufällige Varietät gesichert werden?

Die Relevanz des Themas, warum Institutionen, warum Diskurse?

Die umfangreiche Textproduktion zu Universitäten und Hochschulen konzentriert sich in Abhängigkeit von ihrer disziplinären Provenienz auf Fragen der Steuerung (Politikwissenschaft), Vermittlung von Lehrinhalten und Bildungsprozesse (Erziehungswissenschaft), Evaluation, Qualität, Organisation (Betriebswirtschaftslehre/Organisationssoziologie), Prozeßoptimierung (Betriebswirtschaftslehre). Vielfach ist die Literatur praktisch angelegt, es geht in diesen Fällen um Handlungsempfehlungen, das Präsentieren von »best-practice«-Beispielen, das Vorführen von »Reforminstrumentarien« oder das empirische, abstützende Begleiten von Reformprozessen. Ein Großteil der Textproduktion des in der deutschen Hochschulpolitik sehr bedeutsamen Gütersloher *Centrum für Hochschulentwicklung* (CHE) oder auch des *Hochschul-Information-Systems* (HIS) ist dieser handlungsorientierten Literaturgattung zuzurechnen.

In der Regel stehen in der Praxisliteratur einzelne Funktionen von Universitäten im Mittelpunkt. Hierbei geht es um Produkte und Prozesse, Lehre, Forschung, den Transfer von Forschung, wie man diese jeweils verbessern kann. Andere Funktionen erscheinen indes als hinderlich. Lehre limitiert Forschung, weil sie Zeitkontingente verschlingt (vgl. Schimank 1995b), Forschung limitiert Lehre, weil sie für das individuelle Fortkommen wichtiger ist (wie jeder weiß). Die Universität erweist sich als ein Netz von Limitationszusammenhängen oder, wie Uwe Schimank es ausdrückte, als ein »festgefahrener Gemischtwarenladen« (vgl. Schimank 2001). Diese festgefahrenen Gemischtwarenläden, so weiter in Schimanks Aufsatztitel, »scheitern erfolgreich«. Das heißt Erfolge in einem Bereich können zu Mißerfolgen in anderen Bereichen des Leistungsspektrums führen, einliniges Optimieren eines Aspektes führt recht sicher zu Mißerfolgen oder zumindest, was auf das gleiche hinauslaufen kann, zu Mißerfolgsdiagnosen.

Diese Dimension des Zustandekommens von Mißerfolg hat zwei Seiten: eine, die an Erwartungen und Angemessenheitszuschreibungen geknüpft ist, sowie eine, die mit Akteuren zusammenhängt. Die Erwartungsseite wird über den organisationssoziologischen Neoinstitutionalismus erschlossen, die Akteursseite über den Diskursbegriff.

Die vorliegende Arbeit bezieht sich auf Veröffentlichtes, das einen Bezug zu organisationaler Selbstbeschreibung hat. Es geht um Dokumente, die sich entweder auf die Sicherung von Anschlußfähigkeit des Entscheidens im Innenverhältnis oder die Sicherung von Ressourcen respektive die Legitimität von Ressourcenzuweisungen im Außenverhältnis beziehen. Akteurspezifische individuelle Selbstbeschreibung wissenschaftlich tätiger Akteure und disziplinenpolitische Textproduktion sowie Textproduktion im Zusammenhang disziplinärer Selbstverortung steht dabei nicht im Fokus.

Angesichts der Materialmenge und thematischer bzw. problemspezifischer Vielfältigkeit der einschlägigen Diskurse wird das Material selektiv herangezogen. Das Vorhaben, alles, was in den letzten Jahrzehnten zum Thema veröffentlicht worden ist, zum Gegenstand zu machen, würde den Rahmen einer wissenschaftlichen Arbeit sprengen sowohl der Leserschaft als auch dem Verfasser Zumutungen quantitativer Art bereiten – und keinen zusätzlichen Erkenntnisgewinn verschaffen.

Das methodische Rückgrat der Arbeit bildet ein diskursanalytisch angereicherter Neoinstitutionalismus in Anlehnung an Hajer (vgl. Hajer 1997) und Schmidt (vgl. Schmidt/Radaelli 2004). Die diskursanalytische Perspektive wurde gewählt, weil Institutionen nicht über Akteurschaft verfügen, nicht sprechen oder schreiben. Es sind immer Akteure, korporative oder personale, die sich schriftlich äußern und deren schriftliche Äußerungen konstituieren Diskurse.

Steuerungswissen mit prozeßoptimierender Absicht wird an anderer Stelle zusammengetragen, zum Beispiel in der betriebswirtschaftlichen, auch in der politikwissenschaftlichen Hochschulforschung. Eine solche Art von Wissen ermöglicht es dann auch, der Frage nachzugehen, wie an der Universität besser geforscht, gelehrt, organisiert werden könnte. Dies ist aber nicht das Ziel der vorliegenden Arbeit. Zur Bearbeitung all dieser Aufgaben wäre eine diskursanalytische Perspektive verfehlt. Vielmehr geht es darum, ein vertieftes Verständnis zu generieren, wie soziale Wirklichkeit im hochschulpolitischen Raum produziert wird, wie Forschen, Lehren, Organisieren und Politik-Betreiben einander begrifflich erzeugen, insofern miteinander wechselwirken und aufeinander verwiesen sind. Dies wird durch die Beobachtung des Redens und Schreibens über diese Wechselverhältnisse erreicht. Dabei wird Universität nicht als ein Konglomerat von Limitationszusammenhängen, als eine »tragische«, »verzopfte«, »dumme« Organisation (vgl. Willke 1997b) aufgefaßt, sondern als eine Institution, genauer als ein Bündel von Institutionen, das existiert. Diese Institutionen werden durch Diskurse konstituiert und reproduziert, gleichzeitig stellen sie Räume für die soziale

Entfaltung von Diskursen bereit, wirken strukturierend, ermöglichend und regulierend auf diese ein.

Für eine akteursorientierte Perspektive ist es entscheidend, von welchen Akteuren Mißerfolgsdiagnosen formuliert werden. Handelt es sich um bedeutsame Akteure, fallen Mißerfolgsdiagnose und Mißerfolge zusammen, aus der noch akteurspezifischen standortgebundenen Diagnose wird (hochschulpolitisches) Wissen, das sich vom Akteur ablöst. Diskursregeln, Einschluß- und Ausschlußpraxen bestimmen darüber, wessen Mißerfolgsdiagnosen zu hochschulpolitischem Wissen werden können.

Dieses wissensvermittelte Zusammenfallen von Mißerfolgsdiagnose und Mißerfolg erklärt, warum es wichtig ist, sich mit der Frage, wie Diagnosen zustande kommen, zu beschäftigen. Anders gefragt, wie kommt das, was allgemein als hochschulpolitisches Wissen gilt, in die Welt? Diagnosen und schließlich Wissen – so werde ich im folgenden argumentieren – entstehen als Teil sozialer Wirklichkeit im Diskurs. Diskurs ist dabei Gegenstand der Beobachtung. Dieser wiederum findet statt in einer von Institutionen, von Erwartungsstrukturen geprägten Welt.

Der Zusammenhang von Diskursen und Institutionen, von Wissen und Institutionen war lange Zeit nicht offenkundig. Institutionen galten als gesetzt schon immer da, als Teil der sozialen Wirklichkeit, der wissensunabhängig existierte. Wissen wiederum galt als etwas Flüchtiges, weitaus weniger Selbstverständliches. Begriffe wie Idee, Interesse, Weltanschauung oder Ideologie legen hiervon Zeugnis ab, sie reflektierten Gebundenheiten des flüchtigeren Wissens. Hier setzen Wissenssoziologie und Wissenschaftssoziologie an.

Wissenschaftssoziologie war in der Vergangenheit eine Soziologie wissenschaftlicher Institutionen, von Institutionen, die gemäß des älteren Institutionalismus noch weitaus strukturverwandter, weitaus unveränderlicher waren. Struktur war das Skelett, nicht Ergebnis und Grundlage rekursiver Prozesse wie später bei Giddens (vgl. Giddens 1997² [1984]). Wissenschaftssoziologie war im wesentlichen eine Soziologie wissenschaftlicher Institutionen. Wissenssoziologie hingegen war vorrangig eine Soziologie nichtwissenschaftlichen Wissens. Exemplarisch sind Forschungsprogramme, die mit den Namen Merton auf wissenschaftssoziologischer Seite (vgl. Merton 1985) und Mannheim auf wissenssoziologischer Seite verbunden sind, zu nennen (vgl. Mannheim 1952 [1929]). Im ersten Fall wurde wissenschaftliches (insbesondere naturwissenschaftliches) Wissen aus einer institutionenbezogenen Perspektive ausgeklammert und mithin unterstellt, es hätte – als wissenschaftliches – einen nicht weiter begründungsbedürftigen privilegierten Realitätszugang; Institutionen wurden dem Wissen als äußerlich gesetzt. Einer soziologischen Betrachtung war Wissen – dies galt für beide For-

schungsprogramme – nur als nichtwissenschaftliches, als Alltagswissen und auch als fehlerhaftes Wissen zugänglich. Auch die Wissenssoziologie klammerte naturwissenschaftliches Wissen aus, aus dem gleichen Grund, aber aus anderer Perspektive: Es war nur zugänglich als Alltagswissen, als praktisches Wissen als wissenschaftliches allerdings nicht. Wandel von Wissen galt nur soziologisch als erklärbar, wenn er im Ergebnis von den Normen der rationalen Vorstellung von Wissenswandel abwich (also nicht Erkenntnisfortschritt war), ansonsten handelte es sich um Erkenntnis (Stehr/Meja 1982: 904).

Diese Arbeitsteilung blieb bis Mitte des vergangenen Jahrhunderts bestimmend. Eine Aufweichung dieser Trennung setzte von verschiedenen Seiten ein. Mit ihrer bis heute für die Wissenschaftssoziologie sehr bedeutsamen Veröffentlichung *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit* stellten Peter Berger und Thomas Luckmann eine Verbindung zwischen dem Institutionenbegriff und dem Wissensbegriff wieder her (Berger/Luckmann 2000: 49ff.). Damit stießen sie die abgeebbte wissenssoziologische Debatte wieder an. Einige Jahre früher erschien Thomas Kuhns *The Structure of Scientific Revolutions* (vgl. Kuhn 1973 [1962]), wurde allerdings erst mit Verspätung auch innerhalb der Wissenschaftssoziologie wahrgenommen und zunächst nur in der wissenschaftsphilosophischen, an wissenschaftstheoretischen Fragen interessierten *community* diskutiert (Weingart 2003: 43).¹ Kuhn zeigte für die Physik, daß Wandel innerhalb einer Disziplin – manchmal wesentlich – mit personellem Wandel zusammenhängt. Auf diese Weise wurde klar, daß innerdisziplinärer Wandel nicht ohne weiteres von sozialem Wandel abzugrenzen ist. Mit ähnlicher Stoßrichtung formulierte Bloor etwas später sein *strong programme*, das der Betrachtung wissenschaftlichen Wissens ein Symmetriepostulat auferlegen wollte (Bloor 1976: 4f.), Wandel von Wissen sollte unabhängig davon, ob ein Ergebnis rückblickend als Irrtum gilt oder nicht, erklärbar gemacht werden. Bloors Forderung lief darauf hinaus, daß auch die Durchsetzung *richtigen* Wissens soziologisch erklärbar sein müsse. Ein Verzicht auf eine Erörterung des privilegierten Realitätszuges von Wissenschaft war von nun an möglich.

Damit waren Grundlagen gelegt, um auch im Inneren der Wissenschaft nach dem Sozialen zu suchen. In den 1980er Jahren entstanden Ansätze wie der Laborkonstruktivismus (Knorr-Cetina 2002a [1984]: 17), die Akteur-Netzwerk-Theorie Latours (vgl. Latour 1983) sowie Callons (vgl. Callon 1986). Gemeinsam ist diesen Theorien ein Bestreben, alte Trennungen zu überwinden. Knorr-Cetina geht gegen die alte wissenschaftstheoretische Scheidung von Entdeckungs- und Rechtferti-

1 Eine deutsche Übersetzung erschien erst 1973.

gungskontext an, Latour geht es gar um eine Neukonzeptionalisierung des Handlungsbegriffes im Kontext wissenschaftlichen Forschens, hier handeln Forscher und beforschte Mikroben gemeinsam und bilden einen Zusammenhang.² Diese transgressionistische Stoßrichtung war wichtig und richtig, solange sie nicht nahelegte, daß es nun um Institutionen und Strukturen, Grenzen und Trennungen nicht mehr gehe. Genau dies trat aber ein, nicht selten kam es zu Synonymsetzungen von Grenzübergang und Fortschritt. Die Perspektive, ins Innere wissenschaftlicher Prozesse zu schauen, führte auch zu einer Vernachlässigung ihrer Rahmenbedingungen. Hierzu hatte die Wissenschaftssoziologie angesichts der Dominanz ihres wissenssoziologischen Paradigmas wenig zu sagen. Wenig zu sagen hatte sie auch zu steuerungstheoretischen Fragen, die sich im Zusammenhang einer andernorts geführten Diskussion über Informations- und Wissensgesellschaften und Entstaatlichung stellten. Das Ergebnis dieser Arbeitsteilung ist eine nach wie vor weitgehend nichtinstitutionalisierte oder transgressionistische Wissenschaftssoziologie³ auf der einen und eine Hochschulforschung (ob nun politikwissenschaftlich, betriebswirtschaftlich oder erziehungswissenschaftlich konnotiert) auf der anderen Seite, die sich überwiegend nach wie vor als eine Auseinandersetzung mit dem sozialen Rahmen von Wissenschaft, den sie beheimatenden Organisationen, Institutionen und Politiken versteht und Wechselwirkungen mit wissenschaftlicher Erkenntnisproduktion ausblendet. Wissen und Wissenschaft auf der einen Seite sowie Organisationen, Institutionen und Politiken auf der anderen Seite bleiben füreinander *black boxes*. Die vorliegende Untersuchung versteht sich als ein Beitrag, dies zu ändern.

Um dieses Ziel zu erreichen, geht die Arbeit mit wissenschafts- und organisationssoziologischen Mitteln einer politikwissenschaftlichen Frage nach. Die zu klärenden Fragen lauten: Warum zeigt sich der hochschulpolitische Diskurs wie wir ihn vorfinden? Welches Wissen geht in ihn ein? Ich gehe dabei davon aus, daß es unmöglich ist, hochschulpolitische Veränderungsprozesse zu diskutieren, ohne Verbindungen und Verknüpfungen zwischen politikwissenschaftlicher, organisationswissenschaftlicher und wissenschaftssoziologischer Wissensproduktion herzu-

2 Seine und Pasteurs Mikroben handeln bei ihrer »Entdeckung« mit, existieren aber nicht ohne diese. Vergl. dazu das Kapitel Die Geschichtlichkeit der Dinge in der deutschen Ausgabe von Latours *Pandora's Hope* (Latour 2000: 175-210).

3 Kritik an diesem Status quo wurde ab Mitte der 1990er Jahre vorgebracht. Vergl. dazu die in der ZfS ausgetragene Amann-Schimank Kontroverse über den Institutionalisierungsbedarf der Wissenschaftssoziologie (Vgl. Schimank 1995a, Amann 1995, Schimank 1995).

stellen. Andernfalls werden entweder konstitutive Voraussetzungen von Prozessen ausgeblendet, fehlen Rahmungen oder werden wieder nur neue *black boxes* angelegt.

Warum Deutschland? Selbstbeschreibung im nationalen Kontext

Diskurse sind an Sprachräume gebunden. Dies würde aber nicht hinreichen, eine Entscheidung für einen nationalen Forschungsrahmen zu begründen. Es müßten sich am Gegenstand Spezifika ausmachen lassen. Mit anderen Worten: Universitäres Reden über Organisation, über die Produktion wissenschaftlichen Wissens und/oder hochschulpolitisches Reden müßten nationale Spezifika aufweisen, die einen Unterschied machen.

Worin bestehen beim Deutschen Universitätssystem die Unterschiede? Zunächst soll es um einen historischen Unterschied gehen, dann um einen institutionellen. Deutschland war im 19. Jahrhundert ein zentraler Ort der Weltwissensproduktion. Zweimal wurden im 19. Jahrhundert in Deutschland Arrangements entwickelt, die anschließend in entwickelten Industriestaaten zum Standard wurden. Dies war zu Beginn des Jahrhunderts die Lösung eines während eines langen 18. Jahrhundert erörterten Organisationsproblems und in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein spezifisches Arrangement von Staat, Technischen Hochschulen und Chemischer Industrie. Die Humboldtsche Lösung geriet zum Vorbild für Universitätsgründungen überall, sie lag auch den US-amerikanischen Gründungen zugrunde. Das Althoffsche Arrangement von 1870 und den darauffolgenden Jahren entwickelte ebenso einen weltweiten Vorbildcharakter, handelte es sich doch um die weltweit erste Realisierung von *big science*.

So hatten die Mitwirkenden des deutschen Universitätsdiskurses im 20. Jahrhundert etwas, auf das sie zurückblicken konnten. Davon machten sie intensiven Gebrauch. Ein Bedauern vergangener Weltgeltung durchzieht den deutschen Universitätsdiskurs von 1919 an bis in die jüngste Vergangenheit. Es geht darum, etwas Verlorenes wiederzuerlangen. Dieses Muster eines Zurückblickens auf Verlorenes findet sich im universitären Selbstbeschreibungsdiskurs in Deutschland und erlaubt, diesen deutschen von anderen zu unterscheiden.

Die deutsche Universität hat eine im internationalen Vergleich hohe Institutionalität. Es gab dort viel Hergebrachtes, schon immer so Gemachtes, viele Wurzeln, mit anderen Worten ein Wesen, nicht aus »Ausklügelung« (Anrich 1960: 41), sondern aus sich heraus, für sich stehend. Ideen standen im Mittelpunkt, nicht Pragmatik. Aus Sicht der

Universitäten und ihrer Selbstbeschreibung war Deutschland schon seit langem ein Land der Ideen.

Diese große Bedeutung von Ideen führte dazu, daß deutsche Universitäten eine schwache Organisationalität aufzuweisen hatten. Organisation zu sein, spielte keine wesentliche Rolle. Es stellt sich die Frage, wie sich dieses spezifisch deutschuniversitäre Desinteresse an der Organisation, am Betrieb, der nur für das Uneigentliche steht, auswirkt. Gibt es hier möglicherweise wechselseitige Verselbständigungsphänomene? Prozessieren Forschung und Lehre auf der einen Seite, Verwaltung, Selbstverwaltung und Management auf der anderen nach eigenen deutlicher voneinander abgeschlossenen Gesetzen als andernorts?

Nationale Spezifität kommt auch zum Ausdruck, wenn man eine historische Periodisierung der betrachteten Textproduktion vornimmt. Als Ausgangshypothese läßt sich zunächst formulieren, daß Besonderheiten in der Vergangenheit und international isomorphe Tendenzen, je näher man der Gegenwart kommt, zu erwarten sind (vgl. Meyer/Ramirez 2005). Die Textproduktion in Sachen Hochschulreform und Veränderung von Hochschulen ist umfangreich, verästelt und verteilt. Sie ist soziologisch, politikwissenschaftlich, betriebswirtschaftlich, erziehungswissenschaftlich oder juristisch angeleitet, weiterhin gibt es eine verbandlich organisierte disziplinenpolitische Textproduktion zu Fragen der Hochschul- und Studienreform. In ihrem Zentrum standen disziplinen- und lagerübergreifend in historischer Abfolge nach 1945 die Termini *Wesen* (1950er Jahre), *Organisation* (frühe 1960er Jahre), *Institutionenkritik* (zweite Hälfte der 1960er Jahre), *Studienreform* (späte 1960er und frühe 1970er Jahre), *Kritik der Institutionenkritik* (späte 1970er und frühe 1980er Jahre), erneut *Organisation* (ab Mitte der 1980er Jahre) und *Studienstrukturreform* (bis in die jüngste Vergangenheit). Die zu Anfang vornehmlich geisteswissenschaftliche Literatur wird zunehmend sozialwissenschaftlicher, später organisationsbezogener. Die Selbstbeschreibung wird praktischer, technischer und dabei gleichzeitig anderen Handlungsfeldern zugewandter. Die Selbstreferentialität der Selbstbeschreibungsdiskurse und damit ihre Wissenschaftlichkeit nimmt ab.

Geisteswissenschaftlich angeleitete universitäre Selbstbeschreibung war stets eine Reaktion auf gleichartige Textproduktion, heute reagiert sie auf vielfältige anders geartete Impulse aus Wirtschaft, Politik und Medien. Universitäre Selbstbeschreibung ist vordergründig nicht mehr Wissenschaft und will dies auch gar nicht mehr sein, sondern Politik, Marketing, organisationale Kommunikation. Dies ändert allerdings nichts daran, daß ein Wissenschaftsbezug nach wie vor eine zentrale Rolle bei universitärer Selbstbeschreibung spielt; ebensowenig können

an die Politik adressierte Handlungsempfehlungen auf einen Verweis auf die eigene Wissenschaftlichkeit verzichten.

Als Vorabdiagnose mag dies verwirrend erscheinen. Im Ergebnis entsteht das Bild einer komplexen Dialektik aus Ver- und Entwissenschaftlichung, wissenschaftliche Rhetorik steht Entwissenschaftlichungsrhetorik gegenüber.

Eine Übersicht

Das an die Einleitung anschließende Kapitel, Kapitel II (Theorierahmen) ist im Wortsinne ein Theoriekapitel: Hier wird das Handwerkszeug, werden die Begriffe und Ansätze ausgepackt, arrangiert und in zur Seite gestellten Exkursen ergänzt. Ausgangspunkt hierfür ist, daß Universitäten Organisationen sind, seitdem es diese gibt. Als es Organisationen noch nicht gab, waren sie Korporationen, historisch die ersten, die existierten. Dennoch spielte es für die Selbstbeschreibung der Universitäten lange Zeit keine nennenswerte Rolle, Organisation zu sein. Das zweite Kapitel wendet sich daher zunächst dem Organisationsbegriff zu und zeichnet nach, welchen Weg dieser Begriff zurücklegen mußte, um als eine angemessene Beschreibung für Universitäten zu gelten. Es geht dabei um Dynamisierung, Politisierung und Humanisierung des Organisationsbegriffes. Zu sehr war der Organisationsbegriff des 19. Jahrhunderts noch der Organismusmetapher verhaftet, zu starr, zu statisch wurde damals Organisation gedacht. Und doch scheint der Organisationsbegriff nicht auszureichen, um die Komplexität einer Universität einzufangen und abzubilden. Dies liegt in erster Linie daran, daß er mit funktionalistischen Erwartungen verknüpft ist. Die Auffassung, es gebe Organisationen, weil diese bestimmte Aufgaben besser erfüllen können als andere Formen des Sozialen, ist überaus mächtig und irritationsresistent.

Dem Organisationsbegriff muß daher ein Institutionenbegriff zur Seite gestellt werden, in diesem Fall der Institutionenbegriff des organisationssoziologischen Neoinstitutionalismus. Bei diesem Ansatz sind Institutionen generalisierte Erwartungsstrukturen. Die Erwartungen beziehen sich dabei auf das Handeln. Institutionen erlauben Aussagen darüber, ob Handlungen, solche von korporativen und personalen Akteuren, den Erwartungen entsprechen, als angemessen gelten oder nicht. Ein solcher Rückgriff auf den Neoinstitutionalismus erlaubt es, die Universität als eine Organisation einzuführen, die sich in ihrem organisationalen Feld an einer Vielzahl von Institutionen zu orientieren hat. Eine Institution ist dann die Universität selbst, nicht als Organisation, sondern als Erwartungsstruktur. Auch Organisation ist eine Erwartungsstruktur, die

Disziplinen sind Institutionen, Wissenschaft ist eine Institution, Reform ebenfalls. Im folgenden wird von einem weit ausgreifenden Institutionenbegriff ausgegangen.

Neben den Begriff der Institution sind noch weitere Grundbegriffe zu stellen: Selbstbeschreibung, Diskurs und Problem. Selbstbeschreibung ist die Art des organisationalen Redens über Organisationen, die der Ressourcenbeschaffung im politischen Raum und der Sicherung der Anschlußfähigkeit des Entscheidens im Inneren der Organisation dient. Selbstbeschreibung betrifft also das Verhältnis der Organisationen zu den Institutionen ihres organisationalen Feldes und den Bezug des Entscheidens in Organisationen auf Institutionen. Sie erlaubt, daß Entscheidungen weitere Entscheidungen ermöglichen und nicht erschweren oder verhindern. Selbstbeschreibung orientiert auf Institutionen. Im Falle der deutschen Universitäten orientierte universitäre Selbstbeschreibung auf Wissenschaft. Dies ist eine erste Besonderheit, die universitäre Selbstbeschreibung von der anderer Organisationen trennte.

Wie läßt sich nun all dies beobachten? Die im Rahmen der Untersuchung gewählte Beobachtungskategorie ist die des Diskurses. Mittels der Beobachtung von Diskursen, so die Ausgangsthese, läßt sich soziale Wirklichkeit im Entstehen beobachten, schließlich wird in Diskursen soziale Wirklichkeit konstituiert und konstruiert.

Und diese soziale Wirklichkeit – so die einhellige Meinung – ist im Fall der deutschen Universitäten voller Probleme. Probleme sind allerdings nicht einfach da, sondern bedürfen der sozialen Konstruktion. So war für Wilhelm von Humboldt und seine Zeitgenossen das Fehlen von Frauen an den Universitäten kein Problem. Mit der Frage der Bearbeitung aber auch Konstruktion von Problemen vornehmlich im Kontext von Sozialarbeit hat sich eine Soziologie sozialer Probleme beschäftigt. Dieser Bereich der Soziologie kann exemplarisch für das verspätete Konstruktivistischwerden einer Teilsoziologie stehen, auch für die Auseinandersetzungen, die damit verbunden sind. Der Politikwissenschaft steht ein solcher Prozeß zum Teil noch bevor. Dies betrifft auch die Interaktion von Politik und Wissenschaft. Hier bietet sich ein Exkurs an, der sich diesem Thema zuwendet. Welche Vorstellungen über eine Wissenschaft-Politik-Interaktion gibt es? Unter Rückgriff auf Wittrock (vgl. Wittrock 1991) und Hoppe (vgl. Hoppe 2002, Hoppe 2005) werde ich dies darstellen. Dieser Exkurs hat auch die Funktion, die in den späteren Kapiteln der Arbeit zum Tragen kommenden Annahmen über die Interaktionsprozesse von Wissenschaft und Politik offenzulegen. Wichtig ist dies, weil ein Wissenschaftsbezug in der universitären Selbstbeschreibung nach wie vor zentral bleibt.

Das dritte Kapitel *Eine Semantik universitärer Selbstbeschreibung* wendet sich dem Begriffshaushalt universitärer Selbstbeschreibungspraxen zu. Alle sechs ausgewählten Begriffe (*Humboldt, Elite, Reform, Autonomie, Internationalität und Markt*) sind für sich genommen keine Neuankommlinge. Das heißt nicht ihr Ankommen im Diskurs ist von Interesse, sie waren stets seine Bestandteile, wenn auch manchmal nur implizit oder latent, sondern jeweils der Wandel, den die betreffenden Begriffe durchlaufen haben. An ihnen läßt sich sowohl eine historische Erzählung aufhängen als auch der Wandel des Redens über Universitäten vergegenständlichen. Ihr Explizit- oder Implizitwerden im Diskurs steht für Veränderung. Im Anschluß an die Begriffskarrieren kann ein erstes Zwischenfazit der Veränderung universitärer Selbstbeschreibung gezogen werden.

Es hat sich aber nicht nur das Reden über Universitäten gewandelt, sondern auch das Reden über Wissenschaft. Wie wurde zu bestimmten Zeiten über das Gesellschaftsverhältnis von Wissenschaft gedacht? War Wissenschaft etwas der Gesellschaft Äußerliches, ihr Gegenübergestelltes oder war sie ein Teil der Gesellschaft? Hier werde ich eine theoriehistorische Perspektive anlegen, die sich auf wandelnde Foki auf Gesellschaft bezieht. Zu unterschiedlichen Zeitpunkten wurden unterschiedliche Perspektiven auf Gesellschaft in den Mittelpunkt gestellt, wobei jeweils unterschiedliche Aspekte herausgegriffen und stark gemacht wurden. So standen aufeinanderfolgend Industrialisierung, Nivellierung, Information, Wissenschaft oder Wissen im Zentrum des Interesses. Damit verbunden waren Vorstellungen von Wünschbarkeit und Steuerbarkeit.

Auf diese Beschreibung der Abfolge zeitdiagnostischer Konzepte schließt eine eingehende Betrachtung von zwei neueren Beschreibungsmodellen aus der Wissenschaftsforschung an, eine von einem *Neuen Modus der Wissensproduktion*, eine von der Entstehung eines *Dreifachhelixes* aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik. Es geht darum, detaillierter in den Blick zu bekommen, was im hochschulpolitischen Diskurs mit dem Diktum vom *immer schnellerem Wandel* der gesellschaftlichen Außenverhältnisse von Universitäten gemeint ist. Ist dies Realität, Erwartung, Institution oder bloßer Diskurs? Und wie neu ist all dies? Exemplarische Hinweise lassen sich finden, wenn man Theorien der neueren Wissenschaftsforschung und ihre Rezeption anschaut. Dies ist von großer Bedeutung, denn sowohl im Rahmen der Begründungskontexte für organisatorische Maßnahmen als auch im Rahmen derer von Politiken ist von diesem immer schnelleren Wandel die Rede.

Es ist auch die Rede davon, daß die heutige Situation etwas Neues sei. Hieran schließt die Behauptung an, daß neue Situationen neuer Maßnahmenbündel bedürfen. Diese Maßnahmenbündel werden nachfol-

gengt – nicht ganz ohne Willkür, eine etwas andere Grenzziehung wäre auch möglich gewesen – in Politiken (Entscheidungsprogramme) und Instrumente, die als enger mit dem Handeln verbunden verstanden werden, aufgeteilt. Die Unterscheidung folgt dabei der Außengrenze der Organisation. Alles was von oben und außen den Handlungsrahmen für Organisationen absteckt, findet sich unter dem Begriff Politiken, was im Inneren von Organisationen das Handeln von Akteuren orientieren und ermöglichen soll unter dem Begriff Instrumente. Bei den Instrumenten wird es jeweils darum gehen zu zeigen, wie, auf welchen Pfaden, sie in den universitären Diskurs gelangt sind.

Das letzte Kapitel *Hochschulpolitik* wendet sich direkt der politischen Artikulation zu. Wie – so die Leitfrage – wird in der Politik argumentiert, welche Vorstellungen von Innovation und Wandel lassen sich an der Oberfläche der Politikformulierung finden? Wozu sind Universitäten nach Ansicht hochschulpolitischer Akteure da, und was sind sie in diesem Segment der Politikformulierung, welcher Art sind ihre Probleme? Und schließlich: Wie und wo kommt Dissens zum Ausdruck. Die Hypothese lautet, daß dies weniger in der alltäglichen Politik, sondern mehr in Vorstellungen des Wünschbaren zum Ausdruck kommt. Um dies zu überprüfen, schließt das Kapitel mit der Diskussion von drei utopischen Referenzszenarien, der *Multiversity*, der *virtuellen Universität* und der *asketischen Universität*.